

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Kein Wirtschaftsbetrieb

- Gegen eine Ökonomisierung der Bildung

Ohne Noten

- Modellschule in Freiburg

hamet 2

- Förderpädagogisches Testverfahren

Hattie

- Der Beitrag des Lehrers

G8-G9

- Probleme in der Praxis

Lernen für den Frieden

- Schulfrei für die Bundeswehr

Elternstiftung

- Mit Schwung ins neue Schuljahr

Inhaltsverzeichnis

Bildung: Einsprüche gegen die Ökonomisierung	3	terre des hommes:	
Modellschule: Schule ohne Noten	5	Bundeswehr in der Schule	18
Förderdiagnostik: hamet 2	7	Elternstiftung:	
Die Hattie-Studie III: Der Beitrag des Lehrers	11	Mit Schwung ins neue Schuljahr	20
G9 Modellversuch:		miniKim	
Praktische Auswirkungen in Pforzheim	13	Mediennutzung von Kleinkindern	23
Bundeswehr:		Cartoon zum Schluss	23
Kein Werben für's Sterben	15	Glosse	24

Liebe Leserinnen und Leser,

zur Halbzeit der Legislatur der grün-roten Regierung darf festgestellt werden, dass langsam Gestalt annimmt, was bisher nur verschwommen zu erahnen war. Damit meine ich die konkrete Umsetzung der regionalen Schulentwicklung, die reichlich spät überhaupt erst angepackt wurde, dabei ist sie zentral für den geplanten weitreichenden Umbau unseres Schulsystems.



Theo Keck,
Vorsitzender des
16. Landeselternbeirats

Man kann dies Herrn Kultusminister Stoch nicht zum Vorwurf machen, aber der Regierung und den sie tragenden Parteien sehr wohl, denn sie haben sich bisher nicht gerade durch planvolles, zielgerichtetes und handwerklich sauberes Vorgehen ausgezeichnet. Dieses Urteil wird auch nicht gemildert dadurch, dass vorangegangene Regierungen sich ebenso ziemlich ungeschickt angestellt haben – ich erinnere nur an die Umsetzung von G8 zu Zeiten von Frau Schavan...

Man könnte in dieser Reihe noch einige Beispiele mehr dafür benennen, dass die jeweils regierenden Parteien ohne Rücksicht auf die mit der Umsetzung in die Praxis beauftragten Verwaltungsebenen Gesetze verabschieden und Verordnungen erlassen, die es gut vertragen hätten, wenn man sich etwas mehr Zeit dafür genommen hätte und mehr Sorgfalt hätte walten lassen.

So ist zweierlei zu beklagen: zu lange mit den notwendigen Schritten gewartet zu haben, und dann diese zu überhastet eingeleitet zu haben – mit der Folge, dass der ganze Kultusapparat ins Stolpern geriet...

Und dann noch einen Umbau des ganzen Apparats bei gleichzeitiger Einsparung von tausenden Lehrerstellen angehen zu wollen, bisher gewährte Anrechnungsstunden zu kürzen, aber eine bessere Schule erwarten wollen – über eine geänderte Lehrerbildung laut nachzudenken, um hinterher kleinlaut einzugestehen, das Geld dafür könnte knapp werden – Mittel für Förderstunden im Grundschulbereich so mal heute, aber morgen nicht zu gewähren, weil da müssen schon die Krankheitsvertretungen davon satt werden – ach, die Aufzählung ist noch lange nicht zu Ende.

Und die immer wieder in Erinnerung gebrachte Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 wurde schon 2009 beschlossen, aber noch 2011 machte grün-rot Wahlkampf mit dem Versprechen „Mehr Bildungsinvestitionen“ und „Bessere Bildung für alle!“ – ja, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, da wurde nicht nur schwarz-gelb von Fukushima überrascht, sondern auch zwei Parteien, die sich schon auf Opposition eingerichtet hatten.

So verständlich und legitim der politische Gestaltungswille auch ist, es tut der Sache manchmal gut, etwas innezuhalten und zu fragen: Haben wir alles gut bedacht? Und es wäre kein Fehler, der Opposition entgegen zu kommen, wenn sie schon das Angebot macht, gemeinsam mit der Regierung den Ausbau der Ganztagschulen zu stemmen: die ausgestreckte Hand ergreifen und dazu sagen: gut, aber dann machen wir auch die regionale Schulentwicklung im Konsens!

Dann kämen wir langsam auch einem Schulfrieden näher, der mehr denn je in unserem Land Not tut. Genauso wie eine offene Aussprache darüber, wie die Bildung im Land künftig ausgerichtet werden soll. Ich hoffe, wir bieten Ihnen hierzu anregende Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Theo Keck

Vorsitzender des 16. Landeselternbeirats Baden-Württemberg

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Theo Keck – Redaktionsleitung: Dr. C. T. Rees (ctr), Zikadenweg 4, 79110 Freiburg, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Saskia Esken (se), Petra Koemstedt (pk). – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,– zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Redaktionsleitung.

Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb!

Einsprüche gegen die Ökonomisierung von Bildung

Vermutlich kann sich niemand an eine Zeit erinnern, zu der nicht kritisch über das Bildungswesen gesprochen wurde, über das Niveau der Schulen, die Rolle der Lehrer, den Verfall der Werte und den Niedergang der Jugend. So kontrovers der Streit um die Bildung in der Vergangenheit auch geführt wurde, waren sich die Kontrahenten doch immerhin darin einig, dass sie an einer tatsächlichen Verbesserung der Verhältnisse in den Schulen und Universitäten im Namen von Bildung interessiert waren. In diesem Beitrag soll gezeigt werden, dass die aktuellen Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna nicht auf spezifische Probleme des Bildungswesens antworten, sondern eine postdemokratische Transformation der Gesellschaft zum Schaden von Demokratie, Kultur und Wirtschaft betreiben. Sie vollziehen den expliziten Bruch mit der humanistischen und aufklärerischen Tradition und etablieren im Gewand von ›Bildung‹ einen neuen Prototyp des Menschen: den homo oeconomicus, der im Kraftfeld einer marktförmigen Organisation aller Lebensbereiche funktionieren soll.



Dr. Matthias Burchardt

Zum Lernen verurteilt – lebenslänglich!

Schon das vorgeburtliche Leben ist zahlreichen Prüfungen ausgesetzt. Wer die Zulassungsvoraussetzungen für das Leben erfüllt, kommt schon bald in den Genuss von ›Bildung‹, sei es in der PEKIP-Gruppe oder beim chinesischen Babyschwimmen zwischen farbenfrohen Styropor-Schriftzeichen unter stimulierender Beschallung durch asiatische Muttersprachler. Eltern erfahren aus den Medien, dass gerade die frühe Kindheit von entscheidender Bedeutung für den Bildungserfolg ihrer Kinder ist. Deshalb wählen sie einen bilingualen Kindergarten aus, sorgen in der Grundschule für die ausreichende Förderung – im Notfall durch Nachhilfe ab dem ersten Schuljahr: Ohne Abitur ist man schließlich ein Bildungsverlierer! Dass die maximal extensive Bewirtschaftung kindlicher Lebenszeit viele Spielräume der freien Persönlichkeitsentwicklung raubt und der Leistungsdruck oft zu bedenklicher Medikalisierung (Ritalin) führt, wird hingenommen. An den Universitäten hat die Bologna-Reform zwar die selbst gesteckten Ziele grandios verfehlt, aber im Konzert mit neuen Hochschulgesetzen sehr erfolgreich Bildungsansprüche abgewickelt – zugunsten des ›Employability‹-Konzeptes, das nicht einmal mehr Berufsqualifikation ermöglicht, sondern lediglich vage ›Anstellbarkeit‹, mit der selbst ›die Wirtschaft‹ nicht besonders viel anfangen kann. So müssen sich die Berufstätigen im fluktuierenden Feld der sogenannten ›Wissensgesellschaft‹ permanent weiterqualifizieren. Selbst beim Eintritt in die Rente entkommt niemand dem Imperativ des lebenslänglichen Lernens, denn die Last der demographischen Entwicklung soll durch Konzepte ›kompetenten Alterns‹ auf die Schultern der Betroffenen gelegt werden.

Erfolg, Gesundheit und Wohlstand werden dann als Folge von richtigen Entscheidungen dargestellt, als Renditen von gelungenen Investitionen – Scheitern, Krankheit und Armut gelten als selbstverschuldet und nicht mehr als Problem der

Solidargemeinschaft. Der Begriff der Bildung, der seit der Aufklärung für Emanzipation und Humanisierung stand, hat in diesem Kontext einen geradezu bedrohlichen Klang erhalten, wird Bildung doch zum Schauplatz eines unerbittlichen Wettkampfes, bei dem – trotz aller Ankündigungen von Inklusion – Sozialchancen nach dem Recht des Stärkeren verteilt werden.

Durchsetzungsstrategien

Selbstverständlich werden diese Transformationsprozesse nicht offen als Ökonomisierung von Bildung, sondern als notwendige Reformen angepriesen. Engagierte Pädagogen setzen zunächst große Hoffnung in die neuen Modelle und investieren viel Zeit und Energie. Man erhofft sich von Individualisierung und kooperativem Lernen einen Zuwachs an sozialer Gerechtigkeit und bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Wenn man aber feststellt, dass

die Probleme nicht nur nicht gelöst, sondern viele neue hinzukommen, stellt sich ›Reformkater‹ ein: Depression, Burnout und innere Emigration sind oft das Signum sensibler Lehrer. Tragischerweise erleben die Betroffenen ihre Lage als persönliches Scheitern. Dabei müsste vielmehr der Fokus auf die Kontexte gelegt werden: Wer heute als Pädagoge verzweifelt, tut dies im Rahmen eines globalen Transformationsprozesses, der seit geraumer Zeit – nicht von gewählten Regierungen, sondern von der OECD und privaten Akteuren (Stiftungen, think-tanks, Lobby-Gruppen) – weltweit betrieben wird. Der Politologe Colin Crouch diskutiert dies unter dem Begriff der ›Postdemokratie‹, und Dennis Niemann vom Bremer Sonderforschungsbereich 597 analysiert die Strategien, durch die es unter Wahrung des demokratischen Scheins gelingt, öffentliche Meinung, Gesetzgebung, Institutionen und Praxen im Geiste des Ökonomismus zu transformieren: PISA hatte gar nicht die Absicht, Bildung zu messen, sondern sollte als PR-Aktion einen neuen Begriff derselben etablieren: Die Verwertbarkeit von Humanressourcen!

In Deutschland verzahnen sich die Bestrebungen der Internationalen Organisationen (OECD, WTO, GATT, ERT) insbesondere mit den Aktivitäten der Bertelsmann Stiftung, welche die politischen Prozesse der Bundesrepublik so fest im Griff zu haben scheint, dass der Autor Thomas Schuler in seinem gleichnamigen Buch sogar von der ›Bertelsmann Republik Deutschland‹ spricht. Die immer noch als gemeinnützig geltende Stiftung nimmt durch vielfältige Maßnahmen in fast allen Politikbereichen maßgeblich Einfluss auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland und Europa; und zwar unter bewusster, strategischer Neutralisierung demokratischer Verfahren. Im Bereich der Bildungspolitik stand die Stiftung nicht nur hinter der Ruck-Rede Roman Herzogs, die heute durchaus einen zweiten Blick wert ist. In NRW wurde über das Centrum für Hochschulentwicklung das ›Hochschulfreiheitsgesetz‹ vorbereitet und das Schulgesetz nach dem Modellversuch zur ›Selbstständigen Schule‹ im Sinne der Stiftung umgestaltet. Dass dieser Einfluss nicht an bestimmte politische Farbenspiele geknüpft ist, wurde deutlich, als die grüne Schulministerin mit der Stiftung einen Vertrag

schloss, in dem die Lehrerfortbildung in die Hände der Stiftung gelegt wurde. Auch die wiedergewählte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft übereignete ihre Bildungs- und Sozialpolitik unter dem von George Bush inspirierten Motto ›Kein Kind zurücklassen‹ den Bertelsmännern. Man gewinnt den Eindruck, dass es relativ unerheblich ist, wer in NRW unter Bertelsmann regiert. Über Fernsehsender (RTL-Gruppe) und Zeitungen (Spiegel) regiert das Unternehmen erfolgreich die öffentliche Meinung. Man veröffentlicht regelmäßig Studien zu gesellschaftlichen Fragen (Inklusion, Chancenspiegel, Bildungsatlas) und etabliert im Kleingedruckten die ökonomistische Doktrin: Wirklichkeit wird auf fragwürdige Kennziffern reduziert, Standards werden etabliert und unternehmerische Modelle als Universal-Lösung eingefordert. Selbstverständlich gibt es andere mächtige Akteure (INSM, VBW, McKinsey, Roland Berger, BCG), und viele Prozesse laufen, dank der medialen Propaganda, auch ohne Zutun der Modernisierer. Gleichwohl lohnt es sich, die Bertelsmann Stiftung unter Beobachtung zu nehmen und ihre Gemeinnützigkeit in Frage zu stellen.

Stiftungen schrauben an der Schulreform im Ländle

Auch in Baden-Württemberg ist ein verstärktes Engagement von Stiftungen bei der Einführung der umstrittenen Gemeinschaftsschule und der neuen Lernkultur durch die grün-rote Landesregierung zu beobachten, wie auch die GEW-Vorsitzende Doro Moritz im Deutschlandfunk beklagt. Die Robert-Bosch-Stiftung nimmt Einfluss über den Deutschen Schulpreis und die Organisation von Pädagogischen Werkstätten zum Thema ›Individualisierung und Heterogenität‹. Die Würth-Stiftung ›unterstützte‹ die Umschulung von Pädagogen zu Lernbegleitern durch die umstrittenen Bildungsunternehmer Peter Frattton an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau. Die Breuninger-Stiftung hat eine Computersoftware zur intellektuellen und praktischen Neuausrichtung von Lehrern für die Gemeinschaftsschule produziert. Dieser ›Performance-Simulator‹ kann für 400,- Euro von den Schulen erworben werden.

Bedenklich an diesem Engagement ist, dass die verbreiteten pädagogischen Inhalte und Modelle weder wissenschaftlich noch demokratisch kontrolliert bzw. legitimiert sind. Die genannten Stiftungen müssen sich keiner Wahl stellen wie Bildungspolitiker oder ihre Theorien und Modelle (Expertis) durch eine Fachöffentlichkeit prüfen lassen wie ein Wissenschaftler. Sie haben so eine exklusive Möglichkeit gesellschaftliche Wirklichkeit nach ihren eigenen Vorstellung wirksamer umzuformen, wie Roman Rösch von der Bosch-Stiftung angibt: „Das ist eine echte Win-win-Situation. Wir bringen nicht nur Geld. Manchmal bringen wir auch gar kein Geld als Stiftung. Sondern wir bringen Expertise. Und auf der anderen Seite haben wir Stiftungen den Vorteil, dass wir wirksamer werden können, dass wir einfach mehr Schulen erreichen können für unsere Programme.“ (Deutschlandfunk 19.6.2013)

Dabei offenbaren die Stiftungen ein durchaus fragwürdiges Demokratieverständnis, wie etwa die Breuninger-Stiftung, wenn sie auf ihrer Homepage formuliert: ›Diese Veränderungen für unser Bildungssystem sind nicht über Reformen zu schaffen, die von unseren Bildungspolitikern beschlossen werden. Sie erfordern dringend eine Öffnung unseres Bildungssystems und die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Bürgergesellschaft und der Wirtschaft. Dafür muss die Politik ihre Monopolstellung aufgeben und in Verantwortungsgemeinschaften mit der Bürgergesellschaft immer mehr öffent-

liche Schulen zu guten Schulen weiter entwickeln.‹ (Homepage der Stiftung)

Die ›Monopolstellung‹ der Politik zur Gestaltung von Bildungseinrichtungen ist – ähnlich wie das Gewaltmonopol – eine Errungenschaft des Rechtsstaates und der Verfassungen in Bund und Ländern. Nur durch dieses Monopol sind demokratische Legitimation und Kontrolle, öffentlicher Diskurs und die Verpflichtung auf Grundgesetz und Allgemeinwohl gewährleistet. Es schützt somit vor dem Übergriff durch ideologische und ökonomische Einzelinteressen.

Vor diesem Hintergrund ist eine öffentliche Diskussion über den Einfluss von Stiftungen bei der Bildungsreform in Baden-Württemberg mehr als überfällig: Welche Verflechtungen bestehen zwischen Stiftungen und Politik, und welche Inhalte werden hier unterschwellig in die Schulen getragen?

homo oeconomicus

Die Auswirkung der postdemokratischen Übergriffe auf das gesellschaftliche Leben in Deutschland, Europa und der ganzen Welt sind verheerend. Norbert Blüm bezeichnet sie als ›ökonomischen Totalitarismus‹, als den Versuch, alle Lebensbereiche unter die unternehmerische Rationalität von Kosten und Nutzen, Wettbewerb und Markt zu stellen: Familie, Kirche, Bildungs- und Gesundheitswesen, Arbeitswelt, Politik und Kultur werden unterschiedslos der Marktlogik unterworfen. Der Mensch des Humanismus aber wird als Ausgangs- und Zielpunkt von Bildung und Politik eliminiert und durch den homo oeconomicus ersetzt, der sich unter Marktdruck selbstregulierend zur durchsetzungs- und leistungsfähigen Kompetenzmaschine herausbilden soll. Die ›Würth-Schule‹ in Künzelsau, welche lange Zeit als Vorbild der Reformen firmierte, preist dementsprechend Bildung als eine ›Investition fürs Leben‹ und zielt darauf ab, dass Kinder sich wie ›Lernunternehmer‹ verhalten (Zitate von der Homepage).

Fazit

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Tendenzen erscheinen die Reformen als ein bedenkliches Experiment mit unseren Kindern und Jugendlichen, die einen hohen Preis entrichten müssen, wenn sich nicht Eltern und Lehrer finden, die sie vor der ökonomistischen Indoktrination schützen und ihnen Gelegenheit zur umfassenden Menschenbildung und Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung geben. Die systematisch ausgestreute Sorge, dass ein Verzicht auf Selbstökonomisierung zu Nachteilen führt, ist im Übrigen gänzlich unbegründet. Im Gegenteil: Wer immer nur funktioniert, bricht irgendwann zusammen! Wer aber das ökonomistische Funktionsmodell verlässt, gewinnt nicht nur ein sinnerfülltes Leben, sondern ist gerade in sozialen und beruflichen Zusammenhängen als Querdenker und starke Persönlichkeit gefragt. Entscheidend wird sein, ob es gelingt über die skandalösen postdemokratischen Übergriffe einen öffentlichen Diskurs zu beginnen und die Demokratie als Lebensform zu revitalisieren. Wir sollten es nicht Machtgruppen im Dunklen überlassen, was aus unseren Kindern wird.

Dr. Matthias Burchardt

Ihre Meinung ist uns wichtig! Und mit dieser scharfen, provokanten Analyse würden wir gerne eine Diskussion in der Breite der Elternschaft starten.

Schreiben Sie uns Ihren Leserbrief unter: sib@leb-bw.de

Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

**gut und aktuell
informiert durch's Schuljahr
für nur € 10,65**



Schule im Blickpunkt informiert engagierte Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen und Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Um die Orientierung bei der Studienwahl zu erleichtern, enthält jede Ausgabe von **Schule im Blickpunkt** zusätzlich 4 Seiten „Hochschule aktuell“, auf denen Hinweise und Tipps zur Studienwahl gegeben werden.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z.B. auch über Sponsoring geschehen.

Wir würden uns freuen, wenn auch an Ihrer Schule Elternvertreter und interessierte Eltern **Schule im Blickpunkt** lesen könnten. Bitte verwenden Sie dazu umseitigen Sammelbestellschein zur Auslage am Elternabend.

Bestellcoupon ausfüllen und senden an:

Neckar-Verlag GmbH • D-78045 Villingen-Schwenningen

Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: bestellungen@neckar-verlag.de • Internet: www.neckar-verlag.de

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

___ Ex. **Schule im Blickpunkt Jahresabonnement** € 10,65
___ Ex. **Schule im Blickpunkt Leseexemplar** € ---

Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrganges erscheint zum Schuljahresanfang

Jahresabonnement € 10,65
Einzelpreis € 2,50
jeweils zzgl. Versandkosten

Meine Anschrift

Kd.-Nr.: _____

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift